

Zeitzeugen berichten:

Dr. Christian Richter

FREIKAUF

Unsere Fahrt in die Freiheit

Mittwoch, 11. April 1979, -Karwoche-

In den frühen Nachmittagsstunden setzt sich ein Reisebus mit westdeutschen Kennzeichen in Bewegung, verläßt durch eine Fahrzeugschleuse den Innenhof der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit auf dem Kaßberg im damaligen Karl-Marx-Stadt, jetzt wieder Chemnitz. Es war wieder eine der „Freikaufaktionen“ im Rahmen der „Besonderen Bemühungen der Bundesregierung um vorzeitige Haftentlassung und Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland“. Niemand von uns Häftlingen erfuhr vorher, ob man auf dieser Liste steht, und wann es soweit sein könnte. Jeder hoffte, dass Verwandte, Freunde sich darum in der Bundesrepublik bemüht haben. Bei den sehr spärlichen Sprecherlaubnissen konnten wir nur vage, verdeckte Andeutungen erfahren, alle Themen, die mit der Haft in Verbindung standen, waren verboten, führten zum sofortigen Abbruch des Besuches.

Wilde, abenteuerliche Gerüchte kursierten in den Haftanstalten der DDR. Wenn dann völlig unverhofft zu äußerst ungewöhnlichen Zeiten ein Schließer die Zelle (Verwahrraum) betrat, den Namen aufruft und dann sagt: „Sachen packen, Transport“ so durchjagen Glücksgefühle den ganzen Körper, die Haft-kameraden beglückwünschen den/die Betroffenen, alle Sachen des alltäglichen Haftalltages werden unter den Kameraden und Kameradinnen verschenkt, denn es kann ja nur nach Karl-Marx-Stadt gehen, zur letzten Station ehe die DDR sich von uns „abtrünnigen Bürgern“ trennt.

Als wir Männer aus unseren Zellen heraus geschlossen wurden mit unserem wenigen Gepäck, den „Effekten“, den bereit stehenden Bus betraten, waren schon fast alle Fensterplätze mit „unseren“ Frauen besetzt, die uns erwartungsvoll entgegen sahen. Aus meiner Erinnerung waren wir ca. 20 Ehepaare bzw. Paare, einige Frauen und Männer waren allein. Zufälligerweise waren darunter zwei Kommilitoninnen, Ärztinnen, meines Studienjahres, zuletzt sahen wir uns zum Staatsexamen 1971, meine Frau traf im Bus einen Schauspielkollegen. In den Haftanstalten der ehemaligen DDR befand sich ein repräsentativer Querschnitt der Nichtangepassten, quer über alle sozialen Schichten und Berufe.

Die letzten drei Haft-Wochen waren schon belastend. Wir , meine Frau, Jahrgang 1948, Schauspielerin und ich, Jahrgang 1943, Arzt wussten natürlich, dass durch das MfS , das Ministerium für Staatssicherheit der damaligen DDR, eine letzte Überprüfung unserer Strafakte incl. Verurteilung erfolgt, ehe man uns in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen läßt. Jeder und jede hatte Angst, wieder zurück geschickt zu werden, sollte das MfS ein Risiko erkennen. Eine Architektin wurde wieder in ihre Haftanstalt zurück geschickt, das MfS erfuhr, dass diese Architektin vor Jahren mal Garagen in einer Garnison der NVA (Nationalen Volksarmee der DDR) projiziert hatte, dadurch war sie Geheimnisträgerin geworden. In den Gesprächen während des Freiganges überwog die Angst und Misstrauen, man kannte sich nicht, kamen doch die Haftkameraden aus vielen Haftanstalten der DDR zentral nach Chemnitz, die Angst vor Verräter war groß. So kurz vor dem Ziel wollte keiner ein Risiko eingehen.

Unser Bus wurde von Rechtsanwalt Vogel mit seinem Privat-PKW begleitet. Vor der Abfahrt informierte er uns dann offiziell über unsere Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Die Ausbürgerungsurkunde und eine Legitimationsbescheinigung mit Paßfoto erhielten wir nach dem Abhaken von der Liste beim Buseinstieg.

Eine verhaltene erwartungsvolle Freude empfanden wir, doch war uns allen beklommen zu Mute, immer noch fuhr die Angst mit uns, man könnte ja in der letzten Sekunde noch aus dem Bus geholt werden, - es saßen einige uns völlig unbekannte Männer mit im Bus, und richtig, diese stiegen dann bei einem kurzen Stop vor Einfahrt in das Grenzgebiet aus

Als wir dann endlich über die weiße Grenzlinie In Herleshausen fuhren, ohne Halt mit ca. 80 km/h Geschwindigkeit, auf einer „Sonderspur“, brach ein spontaner Jubel-Aufschrei sich freie Bahn, die Tränen flossen , endlich lagen diese Anspannungen der letzten Tage, Monate, Jahre hinter uns

Aber schon nach wenigen Minuten wurde es wieder still, trotz der vom Busfahrer nett gemeint, nach der Grenze abgespielten Tonbandkassetten.

35 Jahre meines bisher gelebten Lebens in der SBZ/DDR lagen hinter mir, eine Lebenszäsur ist vollzogen worden

Das alte uns bekannte, vertraute Leben haben wir freiwillig und gewollt hinter uns gelassen, was wird uns das neue Leben in einem uns völlig unbekanntem, anderen Deutschland bringen?

Aber zugleich empfanden wir, meine Frau und ich, wir fassten gemeinsam den Entschluss, einen selbstbestimmten Neuanfang in Freiheit zu wagen, ein tiefes Gefühl einer unendlichen Dankbarkeit, Dankbarkeit gegenüber den Verantwortungsträgern der Behörden der Bundesrepublik Deutschland die uns diesen Neuanfang, mitten in unserem Leben, ich war 35, meine Frau 30 ermöglicht haben, Und das es so gelingen würde,

war keinesfalls selbstverständlich. Verwandte, Freunde, Institutionen wie die evangelische Kirche, Amnesty International Amsterdam, Bundestagsabgeordnete haben sich bei den zuständigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich um die „Besonderen Bemühungen der Bundesregierung um Haftentlassung und Übersiedlung politischer Häftlinge“ engagieren, für die Einbeziehung von uns in diese Bemühungen eingesetzt. Doch trotz aller Aktivitäten des Westens war die DDR am längeren Hebel, die Entscheidungshoheit über die vorzeitige Haftentlassung und dann auch über die Übersiedlung hatte nun mal das MfS, das Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

In unseren Gedanken während der Fahrt durch das uns noch unbekanntes Hessen zog unser bisheriges Leben wie ein Film vorüber...

Der Wunsch, mein eigenes Leben, meine Zukunft, selbst in die Hand nehmen zu wollen, selbst zu entscheiden, entwickelte sich schon sehr frühzeitig, beginnend mit dem Suchen nach Lebensorientierungen eines 18-19-Jährigen in Dresden. Dankbar- froh- kann ich hier von der „Gnade der Geburt in der richtigen Familie“ sprechen. Allerdings brachte das mir und meinen zwei jüngeren Brüdern ein Oberschulverbot wegen der „falschen“ sozialen Herkunft ein. Die uns von unseren Eltern mitgegebene bürgerlich-christlich-tolerante und liberale Erziehung, prägte uns und forderte zugleich damit auch zum damals noch jugendlichem Widerspruch zu dem uns in der Ausbildung vorgesetzten „einzigen wahren historischen Entwicklung“ der internationalen Arbeiterklasse und deren strahlenden Zukunft im Gegensatz der zum Untergang verurteilten bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung.

Durch den Mauerbau 1961 zerschlugen sich Fluchtpläne meiner Familie, der Realität gehorchend, richteten wir uns ein so wie die übergroße Zahl der in „Staatshaftung der DDR“ genommenen Millionen Bewohner der damaligen DDR.

Aber mit der eigenen persönlichen Entwicklung, Studium, Tätigkeit als Arzt, sich naturgemäß auch entwickelnde geistige Horizont, lies die spürbare extreme geistige Bevormundung unerträglich werden, es schnürte einem buchstäblich die Luft ab, man wusste um die Verlogenheit z.B. der Darstellung Osteuropas nach dem 2. Weltkrieg, der Entstehung des Ostblocks, die Begründung des Mauerbaues.

Der Gleichschaltungs-Prozeß im gesamten DDR-Alltag war total lebensumfassend, der Freiraum für eigene persönliche Lebens-Gestaltungsvorstellungen war äußerst schmal, beschwerlich, und auch sofort verdächtig. Die Widersprüche zwischen der Theorie des sozialistischen „Gutmenschentums“ und der realsozialistischen paranoischen Wirklichkeit und Dogma der Alleinvertretung und Zukunft einer sozialistisch und wahrhaft humanistischen Grundordnung ließen keinen Raum für wenigstens „anders“ sein, das ist schon auffällig, ganz zu schweigen vom „dagegen sein“.

Die Öffnung der Stasi-Archive 1992/93 bestätigte in unvorstellbarem Ausmaß das verbrecherische System der SED-Diktatur!

Es war eine Situation erreicht, wo das persönliche Leben stagnierte, sollte man schon in dieser Lebensphase sich auf das Rentnerdasein freuen. um z.B. einigermaßen frei, wenn auch nur maximal 30 Tage pro Jahr, reisen zu können? Mitte der 70-Jahre, gerade geheiratet, beschlossen wir, nach langen quälenden Diskussionen, auch über unser Verständnis des Heimatempfindens, doch in unserer Lebensplanung uns nicht fremdbestimmen zu lassen und zu versuchen, in das andere Deutschland zu gelangen. Etwaige politisch motivierte Reform-bemühungen, die nach 1968 in jungen SED-Parteikreisen kursierten, auch durch den Prager Frühling angeregt, lösten sich im Nichts auf, wir hatten den Mut zu einer Mitgestaltung verloren, alle möglichen politischen Alternativen scheiterten am kompromißlosen Machterhalt der greisen SED-Führungselite.

Unsere Absicht war, möglichst „geräuschlos“, ohne Aufsehen, die DDR verlassen zu wollen, Märtyrer wollten wir nicht sein, spektakuläre Aktionen kamen für uns nicht in Betracht. ((Aus meiner Stasi-Akte erfuhr ich 1993, dass ich seit 1976 in einem OV (Operativer Vorgang) bearbeitet und minutiös, begleitet von einem Ring von 18 IM`s (Inoffizielle Mitarbeiter) observiert wurde.))

Mehrere private Fluchtversuche waren erfolglos, durch den Verrat in einer Fluchthelferorganisation kam es dann Anfang Januar 1978 zu unserer Verhaftung und Inhaftierung.

Und jetzt am 11.4.1979 ging es im Bus nach dem „Westen“. Was wir verlassen haben, kannten wir, das uns noch unbekannte Leben in der Bundesrepublik stand vor uns.

Erwartungsvoll fuhren wir mit dem Bus bis nach Gießen in das dortige Bundes-Notaufnahmelager. Zuvor wurde, das war eine sehr schöne Geste, auf dem ersten Autobahnparkplatz nach der Grenze ein Halt eingelegt, dort erwarteten uns Betreuer mit belegten („West“)-Brötchen, warmen und kalten Getränken, wir wurden willkommen geheißen, es tat uns gut.

Das sich in Gießen sofort nach unserer Ankunft als „Sondertransport der nach Gießen kommenden ehemaligen politische Häftlinge“ noch in den frühen Abendstunden auf uns einstürzende bürokratische Prozeduren nahmen wir glücklich und unvoreingenommen mit Freude hin als notwendig, um ein „richtiger“ Bürger der Bundesrepublik zu werden. Zuerst begrüßten uns die für die Bundesregierung tätigen Rechtsanwälte Naumann und Salm, und zu uns persönlich: „Endlich sind Sie da, es haben sich ja so viele für Sie eingesetzt...“

Im gesamten bürokratischem Ablauf in Gießen gab es ein einzigen leise irritierenden Beigeschmack: Von Beamten des Bundeskriminalamtes wurden uns Fingerabdrücke abgenommen.

Wir wurden richtig polizeilich erkennungsdienstlich registriert. (Die Notwendigkeit dieser Regularien, wurde uns erklärt da auch „Unwillkommene“ aus der DDR als unfreiwillige „Zugabe“ - kriminell gewordene Häftlinge - nach Gießen „abgeschoben“ wurden.

Die Anhörung / Vernehmung durch die Bundeskriminalbeamten war auch zumindest „bemerkenswert“, der zu beantwortende Fragenkatalog seitens der Kriminalbeamten war aus unserer Erinnerung verblüffend ähnlich den ständigen Fragen der Stasi-Mitarbeiter, als ob letztere Behörde „den Kollegen im Westen die Akten weiter gereicht haben“.

Alle von uns aufgesuchten Behörden, es war ein Laufzettel in wenigen Stunden abzuarbeiten, vermittelten uns ohne Ausnahme das Gefühl, dass wir willkommen sind, daß man Hilfestellungen gibt, Orientierungen vermittelt um sich im neuen Leben einrichten zu können. Die damals in Gießen erhaltenen Broschüren waren speziell für entlassene politische Häftlinge geschrieben, sie waren in dieser Phase für uns unverzichtbar.

Diese Aktionen des Häftlingsfreikaufes, um diese handelte es sich auch bei unserer Freilassung, waren in den 70er Jahren noch nicht so allgemein publik, wir hielten uns an die Bitte von DDR-Rechtsanwalt Vogel, unmittelbar vor Abfahrt des Busses zu uns gesprochen, im Westen, in Gießen, keine offizielle Statements gegenüber uns ansprechende Medienvertreter über unsere Form der „Übersiedlung“ mitzuteilen: „Sie wollen doch sicher, dass für Ihre dagebliebenen Haftkameradinnen und Haftkameraden auch diese Möglichkeit der Freilassung erhalten bleibt!“

Rückblickend gesehen, vertrete ich noch heute unverändert unser damaliges Verhalten, über die Art der Ausreise aus der DDR Stillschweigen gewahrt zu haben. Die Existenz solcher diffizilen humanitären Bemühungen in der Zeit der damaligen Konfrontation der unversöhnlich gegenüberstehenden Machtblöcke im Europa des Kalten Krieges, darf nicht gefährdet werden, da muss jede sich bietende Möglichkeit der zugestandenen humanitären Hilfeleistung gewahrt werden. Das starre Festhalten an ideologischen Prinzipien auf beiden Seiten, welcher Stoßrichtung auch immer, hilft den betroffenen Menschen nicht.

Die Aufnahmekommission im Bundesnotaufnahmelaager Gießen entschied gemäß unserer Bitte, uns das Aufenthaltsrecht für Berlin-West zu erteilen, und schon am nächsten Tag, am Gründonnerstag 1979, exakt 20 Stunden nach unserem Eintreffen in Gießen, saßen wir im Flieger von Frankfurt/Main nach Berlin-Tegel.

Diese Schnelligkeit des Durchlaufens der ersten Bundesnotaufnahme in Gießen war auch eine Absprache zwischen den Beauftragten beider Länder, die freigelassenen Häftlinge sollten möglichst schnell „von der Medien-Bildfläche verschwinden“.

Und heute, 2012, sind wir noch immer froh über unsere damalige Entscheidung für Berlin.

Waren die wenigen Stunden im Notaufnahmelager Gießen für uns mit „Sondertransport“ angekommenen freigekauften politischen Häftlinge noch eine besondere Situation, so gerieten wir im Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde in eine richtige Übersiedlungs-Bürokratie-Maschinerie. Aber auch hier erfuhren wir in geduldiger Form die für uns notwendigen pragmatischen Hilfestellungen um im für uns völlig neuen Leben „das Laufen zu lernen“.

Unser Wissen „über den Westen“ war theoretisch, über Radio, TV, Verwandte, Freunde, den Alltag kannten wir nicht, über die Pluralität von Meinungs-äußerungen hatten wir keine Vorstellungen, z.B. rote Fahnen schwingende demonstrierende Studenten der FU Berlin 1968 auf dem Kurfürstendamm in Berlin-West war für uns in der DDR unfaßbar, dass dies der Staat tolerierte...

Jetzt in der realen politischen Situation des alten „Westberlins“ versuchten wir, uns in das neue Leben zu integrieren, ganz profan z.B. die Wohnungssuche, Arbeitsplatzsuche, ich als Arzt zuerst in einer Klinik, meine Frau als Schau-spielerin im sehr bunten Berliner Theaterbereich.

Die Medienvielfalt mussten wir erst verstehen lernen, uns „durchprobieren“, selbst sich ein Urteil zu bilden. Sich anbietende politische Veranstaltungen nutzten wir zu Verständnisesgesprächen.

Ein diesbezügliches Schlüsselerlebnis erlebten wir im Lietzenseepark in Charlottenburg, in unserem „Kiez“ unverändert seit 1979, zum 1. Mai. Knapp 20 Tage nach unserer Entlassung aus der politischen DDR-Strafhaft erlebten wir als besonderen Höhepunkt dieser JuSo-(Jungsozialisten)Veranstaltung einen Auftritt einer Komsomolzen-Delegation aus Charkow, Ukraine, damalige Sowjetunion-(Name: Leninscher Komsomol = Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, - KPdSU).

Hier mitten in Berlin-West, der „Frontstadt des Kalten Krieges“ so einen Auftritt auf Einladung der JuSo, ich war fassungslos, kam ich doch gerade erst aus dem Machtbereich des Kommunismus. Die demokratische Selbstverständlichkeit solcher Veranstaltungen mussten wir erst begreifen lernen.

In den ersten Monaten und dann Jahren besuchte ich, bemüht um politische Objektivität und Abwägung, auch um meinen Platz in dieser demokratischen Vielfalt der Möglichkeiten politischer Äußerung zu finden, örtliche Veranstaltungen der großen Volksparteien, der FDP, der neu entstandenen AL (Alternative Liste). Z.B. erlebte ich 1980 Franz Josef Strauss auf seinem Wahlkampf in der damaligen, jetzt nicht mehr existierenden Deutschlandhalle am Berliner Funkturm.

Rückblickend muss ich konstatieren, dass in keiner der Parteien, in den kommunalen Gliederungen die ich besuchte, ich mich einbringen konn-

te, sicher war ich für eine Parteiarbeit vor Ort einfach zu alt, mit meinen 36-39 Jahren, sozusagen zu spät gekommen... Ich wollte mich aktiv engagieren, das aber neben meiner doch sehr zeitraubenden Tätigkeit in der Klinik, neben der Promotion an der FU Berlin, zwei noch sehr jungen Töchter. Ich kapitulierte aber auch vor der nahezu Unversöhnlichkeit vorgebrachter politischen Ansichten innerhalb der Parteien, der beinhart ausgetragenen Flügelkämpfe – konservativ - links, der heftige Streit zwischen Realos und den Fundamentalisten in der alten AL und jetzt der fast jakobinerhaften Intoleranz der Flügel der grünen Partei... Wo finde ich meine neue politische Heimat? Sieht man sich um, liest man die Biographien der (Berufs-)Politiker aller Altersschichten, die Karriere beginnt schon früh in den Jugendorganisationen der Parteien, man bekommt einen „Stallgeruch“, studiert fast ausschließlich Jura oder Wirtschaft, andere Berufe gehen in der Häufigkeit fast gegen Null. Und immer muß man schauen, in den alltäglichen Tagesdiskussionen die richtigen Statements abzugeben und auf der richtigen Seite innerhalb der Partei, innerhalb des Parteiflügels zu stehen. Schnell ist eine Karriere wieder beendet, Verunglimpfungen erfolgen, auch „unter der Gürtellinie“, „Schlamm Schlachten“ unter Parteifreunden sind nicht selten, oder später, am Ende der aktiv-politischen Karriere werden immer wieder „Versorgungsposten“ geschaffen.

Wo sind die Politiker mit Charisma, nachgewachsen der Politiker der 60er und 70er Jahre?

Eine der wenigen Momente konnte ich am 10.11.1989 vor dem Rathaus Berlin-Schöneberg erleben, die emotional ergreifende Rede des greisen Willi Brandt über die Freude des Falls der Berliner Mauer, er musste als damaliger Regierender Bürgermeister hilflos zusehen, wie die Machthaber der DDR mit Unterstützung der Führung der Sowjetunion die Mauer mitten durch Berlin, durch Deutschland errichteten.

Das sich mir bietende Bild der Parteienlandschaft betraf aus meiner Sicht in den frühen 80er – 90er Jahren alle Parteien, jetzt ist eine neue Partei hinzu gekommen, es ist nicht anders geworden. Als mündiger Bürger, als beruflich eingespannter Arbeitnehmer, Selbstständiger, Freiberufler, Beamter kann man sich nicht noch in die Tagespolitik einbringen. Sich politisch „ einzumischen“ ist nahezu unmöglich, man wird nicht ernst genommen, es ist das unbestreitbare Feld der Berufspolitiker geworden. Außer zu den jeweiligen Wahlen mit einem riesigem Werbebudget, schade um das Geld, wird der Bürger umworben mit mehr oder weniger stimmigen, verlockenden, aber oft nicht haltbaren Aussagen, Versprechungen. Ich erlebte die Gründungsversammlung der STATT-Partei in Berlin, sie verschwand sofort wieder.

Beruflich waren meine Frau und ich „im Westen“ angekommen, frühzeitig wurden wir in unserer Jugend zur Selbstständigkeit erzogen, dies

war jetzt von großem Vorteil. Meine Frau hat in mehreren Filmen mitgewirkt, wurde Schauspieldozentin an verschiedenen Institutionen, Hochschule der Künste, Musikhochschule, Theater des Westens, Schauspielschule Berlin-Charlottenburg.

In meiner beruflichen Entwicklung war der Eintritt in den Öffentlichen Gesundheitsdienst eine wichtige und richtige Entscheidung. Und hier wieder sah ich mich mitten in der Kommunalpolitik mit seinen vielen „Stolperfallen“ als Leiter eines örtlichen Berliner kommunalen Gesundheitsamtes mit jeweils einem Einzugsbereich von über 300.000 Einwohnern ist es „sinnvoll“, das ist meine Einschätzung, die mir auch von den „Altvorderen“ so vermittelt worden ist, als „mündiger Bürger“ keiner Partei anzugehören. In der Berliner Verwaltungshierarchie ist der Dienstvorgesetzte des Leiters des Gesundheitsamtes, des Amtsarztes, ein politischer Wahlbeamter, ein Bezirksstadtrat, Leiter der Abteilung Gesundheit und z.B. Soziales, als Mitglied des Bezirksamtkollegiums. Je nach kommunalem Wahlergebnis entscheiden die Parteien über die Besetzung der Stadtratposten, in meiner beruflichen Tätigkeit habe ich über 10 Stadträte unterschiedlicher Parteizugehörigkeit als direkte Vorgesetzte erlebt.

Von 1989 bis 1994 war z.B. mein politischer Vorgesetzter der SPD-Politiker Klaus-Uwe Benneter, in den frühen 80er Jahren zum „links-außen gehörenden Stamokap-Flügel“ gehörend. Ich wurde natürlich an meine Pflicht-Marxismus-Leninismus-Vorlesungen während meiner DDR-Studienzeit an der Ostberliner Humboldt-Universität erinnert!

Für die Durchführung meiner amtsärztlichen Tätigkeit als Beamter war strikte Partei-Neutralität eine Voraussetzung, um mein Amt auch nach außen möglichst problemlos vertreten zu können. Dadurch konnten mich z.B. alle Bezirksverordnete ansprechen, ich musste mir keine parteitaktischen Rücksichten auferlegen.

Verständnislos erlebte ich die Niederungen der Kommunalpolitik, der gegenseitigen Verweigerung an sich vernünftiger Sachverhalte, nur weil eben der „politische Gegner“ sie vertrat. In ganz seltenen Fällen war man sich einig, das wesentliche Element war die Obstruktionspolitik, keine Partei oder Wählervereinigung machte da eine Ausnahme.

Resümee :

Wir sind noch heute dankbar für die uns 1979 gegebene Möglichkeit, vorzeitig aus der politischen DDR-Strafhaft in die Bundesrepublik ausreisen zu können.

Natürlich auch durch Selbstengagement haben meine Frau und ich unseren beruflichen Weg ohne wesentliche Schwierigkeiten im von uns gewählten freien Deutschland fortsetzen können, wir konnten uns sehr zügig in die neue Gesellschaft integrieren.

Auch durch die Entwicklung unserer Töchter, geb. 1980 und 1983, haben wir schnell die vielfältigsten Kontakte innerhalb „Westberlins“ aufbauen können, wir fühlen uns hier in Berlin zu Hause.

Unsere politischen Erfahrungen, in der alten DDR, u.a. auch durch 3 Jahre Pflichtstudium der Gesellschaftswissenschaften: Geschichte der Arbeiterklasse, Politische Ökonomie, Marxistisch-Leninistische Philosophie sind von der Diktatur der SED-Regierung der ehemaligen DDR geprägt. Die Pluralität der westdeutschen Demokratie/Gesellschaft mußten wir erst begreifen, und auch die Möglichkeiten erfahren lernen, um auch davon Gebrauch machen zu können.

Desillusioniert bin ich aber von der Nicht-Möglichkeit eines realen Einmischens als mündiger Bürger in die Politik, das besorgen „Berufs“-Politiker, uns bleibt nur die Wahlurne in den unterschiedlichen Zeitabständen. Eine freie Demokratie ist so schwierig zu bewerkstelligen, aber ich möchte auf keinem Fall in einer „gelenkten“ Demokratie leben.

Wir als Familie, mit unseren jetzt erwachsenen zwei „Westberliner“ Töchtern leben gern in Berlin, der Bundeshauptstadt, für uns war der Wechsel in die Bundesrepublik, in der Mitte unseres Lebens, ohne jegliche Einschränkung ein Erfolg, und wir können nur danke sagen.

Aus unserer Sicht war und ist das Bemühen der zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland gelungen, die Eingliederung von betroffenen Menschen tatkräftig zu unterstützen, aber ein Selbstengagement muß vorhanden bzw. erarbeitet werden.

Berlin, 20.12.2012